

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Datum: 3. Februar 2009

Nummer: 2009-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 3. Februar 2009

Inhalt	Seite	Seite
1 Einleitung		
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate 4
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen 6
2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate 6
- 2.2.2 Motionen	3	- 3.2.2 Motionen 7
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
- 2.3.1 Postulate	3	- 3.3.1 Postulate 7
- 2.3.2 Motionen	3	- 3.3.2 Motionen 11
2.4 Sicherheitsdirektion		3.4 Sicherheitsdirektion
- 2.4.1 Postulate	3	- 3.4.1 Postulate 11
- 2.4.2 Motionen	3	- 3.4.2 Motionen 13
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- 2.5.1 Postulate	3	- 3.5.1 Postulate 13
- 2.5.2 Motionen	4	- 3.5.2 Motionen 15
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
- 2.6.1 Postulate	4	- 3.6.1 Postulate 15
- 2.6.2 Motionen	4	- 3.6.2 Motionen 15
4 Anträge		15

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2008** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2007** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

Keine

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 1999/169; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 23/03/2000

Der Vorstoss wurde dem Landrat mit der Vorlage 2006/165 vom 13. Juni 2006 betreffend Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsdirektion Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft (Rheinhafen-Vertrag) zur Abschreibung beantragt. In seiner Debatte über den Staatsvertrag (Sitzung des Landrates vom 18. Januar 2007) wurde mit Hinweis auf das Postulat 2006/026 von Christoph Rudin seitens der FDP-Fraktion für ein Stehenlassen des Postulates votiert. Der Landrat beschloss mit 49 zu 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Postulat sei stehen zu lassen. Die Zusammenlegung der Rheinhäfen BS und BL und damit die Begründung der Schweizerischen Rheinhäfen SRH ist im Rahmen der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 mit 81,23 % Ja sehr deutlich angenommen worden. Die SRH sind seit dem 1. Januar 2008 Wirklichkeit. Zu den Aufgaben des Verwaltungsrat gehört unter anderem die Entwicklung der SRH zur multifunktionalen Verkehrsdrehscheibe sowie die Beschlussfassung über die Gründung von Tochterunternehmen sowie Beteiligungen an andere Häfen und an anderen Unternehmen. Die Fragestellung der Optimierung interna-

tionaler Transportketten wird somit vom Verwaltungsrat der SRH bearbeitet. Seit Einreichung der als Postulat überwiesenen Motion im Jahre 1999 haben sich die Rahmenbedingungen und die wirtschaftlichen Gegebenheiten geändert. Die strategische Ausrichtung der SRH muss diese Gegebenheiten berücksichtigen und dabei sowohl die eigene Terminalpolitik auf die aktuellen Chancen und Risiken abstützen, wie auch die aktuelle trinationale Terminalpolitik im Wirtschaftsgebiet des Oberrheins in ihre Überlegungen bezüglich Optimierung der Verkehrsdrehscheibe einbeziehen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.2.1.2 2005/221; Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen; überwiesen am 08/09/2005

Mit dem Zustandekommen der Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) ist das Anliegen des Postulats erfüllt.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.2.1.3 2005/099; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; überwiesen am 18/05/2006

Das Postulat hätte im Rahmen der Vorlage 2008-054 betreffend den Kredit für die Umsetzung der Berufswegbereitung (BWB) in der Sekundarschule und in der beruflichen Grundbildung zur Abschreibung beantragt werden sollen. Dies wurde irrtümlicherweise unterlassen und soll nun nachgeholt werden.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.2.1.4 2006/027; Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register; überwiesen am 02/11/2006

Multinationale Vereinbarungen fallen in die Zuständigkeit des Bundes, ganz besonders, wenn wie hier Bundesgesetze (Datenschutzgesetz) betroffen sind. Um den Probandenschutz mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen zu regeln, braucht es ausreichende gesetzliche Grundlagen. Die beiden Basler Halbkantone haben sich deshalb im Jahr 2006 anlässlich der Vernehmlassung zum geplanten Humanforschungsgesetz und des dazugehörigen Verfassungsartikels für eine Bundesregelung zum Schutz der Patienten eingesetzt. Der Gesetzesentwurf ist noch nicht überarbeitet oder vom Parlament beraten worden. Der Handlungsspielraum des Kantons ist nunmehr erschöpft.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.2.1.5 2007/085; Postulat von Madeleine Gösche vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG; überwiesen am 18/10/2007

Die Analysenresultate wurden an der Informationssitzung für Landräte und Umweltschutzorganisationen vom 5. Mai 2008 abgegeben. Zudem sind sie auf der Homepage der Hardwasser AG einsehbar.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion**2.3.1 Postulate****2.3.1.1 2003/081; Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton; überwiesen am 30/10/2003**

1. Mit der Verabschiedung der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Kantons im 2003 hat der Regierungsrat die Erhaltung der natürlichen Ressourcen explizit als ein wichtiges Handlungsfeld genannt. Dies widerspiegelt sich auch in den folgenden Legislaturzielen.
 2. Tropenholz wird nicht beim Bauen verwendet: Grundsätzlich will das für die kantonalen Bauten zuständige Hochbauamt der Bau- und Umweltschutzdirektion nachhaltige Bauten im Sinne der Empfehlung SIA 122/1 erstellen und betreiben. Es richtet sich dabei nach den Vorgaben und Empfehlungen von ecobau und KBOB (BKP_Merkblätter ökologisches Bauen, eco-devis, KBOB Empfehlungen, speziell Empfehlung 2008/1 Nachhaltiges Bauen in Planer- und Werkverträgen, bzw. im Internet BL). Es finden ausschliesslich Hölzer bzw. Holzwerkstoffe aus nachhaltiger Produktion mit FSC- oder PEFC-Label Verwendung.
 3. Kein Tropenholz bei Möblierungen verwendet: Der Bereich Mobiliar im Hochbauamt kauft seit Jahren nur noch Mobiliar aus einheimischen Holzarten (Eiche, Buche, Ahorn). Es wird kein Mobiliar aus Tropenholz verwendet. Die im Büromobiliar verwendeten Spanplatten oder MDF-Platten werden aus einheimischen Nadelhölzern hergestellt. Leider gibt es bis heute noch keine FSC zertifizierten Platten, so dass nicht zu 100% garantiert werden kann, dass nur Büromobiliar das aus FSC-zertifiziertem Holz hergestellt ist, beschafft wird.
 4. Recyclingpapier als Standardbüropapier in der kantonalen Verwaltung: Mit seinem Beschluss vom 18. Juli 2006 hat der Regierungsrat die flächendeckende Einführung von Recyclingpapier als Standardbüropapier in der kantonalen Verwaltung inkl. Schulen per 1. Januar 2007 beschlossen. Dieser Beschluss ist in den Direktionen umgesetzt worden.
 5. Schlussfolgerungen: Unter Berücksichtigung der Punkte 1 - 4 hat die kantonale Verwaltung die Ziele aus dem o.g. Postulat erfüllt. Eine Unterzeichnung der Erklärung "Urwaldfreundlicher Kanton" des Bruno-Manser-Fonds und von Greenpeace erachtet der Regierungsrat deshalb als nicht opportun.
- Antrag auf Abschreibung des Postulats.**

2.3.2 Motionen

Keine

2.4 Sicherheitsdirektion**2.4.1 Postulate****2.4.1.1 2006/154; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution; überwiesen am 30/11/2006**

Das Anliegen wurde im Rahmen der Vorbereitungen zur Euro 08 gemeinsam mit den zuständigen Stellen BS, Bund, der Projektorganisation und weiteren Fachkreisen bearbeitet und die involvierten Stellen orientiert. Im Schlussbericht zur Euro 08 wird festgehalten, dass sich ein befürchteter Anstieg der Prostitution und des Menschenhandels nicht bestätigt hat. Nach Auffassung des Regierungsrats kann das Postulat nun abgeschrieben werden.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.4.1.2 2006/245; Postulat von Hanspeter Wullschlegler vom 19. Oktober 2006: Änderung des Hanfgesetzes: Bewilligungs- statt Meldepflicht für den Hanfanbau; überwiesen am 15/02/2007

Nach dem neu revidierten Betäubungsmittelgesetz (Art. 8 Abs. 1 Bst. d) können Pflanzen mit dem Wirkstoff Cannabis generell nicht mehr angebaut werden, egal ob dies Betäubungsmittelgewinnung oder zu anderen Zwecken erfolgt. Ausnahmebewilligungen können nur für ganz spezifische Zwecke (Medizin, Forschung) erteilt werden, wobei dafür der Bund zuständig ist. Deshalb werden die kantonalen Bestimmungen über Anbau von und Handel mit Hanfprodukten gegenstandslos werden, sobald das revidierte Bundesrecht im Verlaufe des Jahres 2009 in Kraft treten wird. Mit dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes wird auch dem Anliegen von Landrat Hanspeter Wullschlegler Rechnung getragen und es macht daher keinen Sinn, vorher noch das kantonale Hanfgesetz zu revidieren.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**2.5.1 Postulate****2.5.1.1 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000**

Das Konzept zum Umgang mit und Sanierung von Burgen und Ruinen, LRV 2007/189, wurde vom Landrat am 24.1.2008 verabschiedet. Sie umschreibt das Vorgehen und die Reihenfolge der Sanierung der kantons-eigenen Ruinen. Die Sanierung der Römervilla Munzach wurde aus Kostengründen vorerst zurückgestellt.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.5.1.2 2001/168; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen; überwiesen am 10/01/2002

Ein mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn koordiniert entwickeltes Instrument für die Be-

darfsabklärung steht zur Verfügung. Die Ergebnisse der Studie sind veröffentlicht worden und stehen Kanton und Gemeinden zur Verfügung.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.5.1.3 2006/046; Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltsort; überwiesen am 18/05/2006

Mit Regierungsratsbeschluss vom 2.12.2008 wurde die Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule so geändert, dass alle Kinder, welche während mindestens der Hälfte einer Arbeitswoche nicht in ihrer Wohngemeinde betreut werden, Kindergarten oder Primarschule der Tagesaufenthaltskommune besuchen können. Damit ist das Anliegen des Vorstosses erfüllt.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.5.2 Motionen

2.5.2.1 2007/059; Motion von Madeleine Göschke vom 22. März 2007: Mittagstisch für Sekundarschulen; überwiesen am 06/09/2007

Die Verordnung über den Mittagstisch an der Sekundarschule ist per 1. August 2008 in Kraft getreten. Die Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe hat in Zusammenarbeit mit den Sekundarschulen mit der Umsetzung begonnen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Ein Projekt zur Einführung von Teilzeitarbeit in Kaderfunktionen hat differenzierte Empfehlungen erbracht. Sie werden aktualisiert und im Rahmen einer Landratsvorlage im 1. Halbjahr 2009 an das Parlament überwiesen.

3.1.1.2 2000/187; Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags; überwiesen am 30/11/2000

Der Regierungsrat hat im Sommer eine Prüfung der Betriebszeiten am EuroAirport lanciert. Die Analyse der

möglichen Auswirkungen einer Betriebszeitenverkürzung hat begonnen. Der Regierungsrat wird nach Vorliegen einer Antwort des EuroAirports (voraussichtlich 1. Semester 2009) über das weitere Vorgehen entscheiden.

3.1.1.3 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Das Geschäft wurde nach der 1. Vorlage neu aufgestellt. Die FKD, Personalamt, erarbeitet in Zusammenarbeit mit der SID jetzt ein modifiziertes Konzept.

3.1.1.4 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Das Geschäft wurde nach der 1. Vorlage neu aufgestellt. Die FKD, Personalamt, erarbeitet in Zusammenarbeit mit der SID jetzt ein modifiziertes Konzept.

3.1.1.5 2003/080; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003

Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat im 1. Quartal 2009 über das Vorgehen beschliesst. Danach findet eine breite Vernehmlassung statt.

3.1.1.6 2003/039; Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperrung in Zürich verlangt Nachtflugsperrung in Basel; überwiesen am 04/09/2003

Der Regierungsrat hat im Sommer eine Prüfung der Betriebszeiten am EuroAirport lanciert. Die Analyse der möglichen Auswirkungen einer Betriebszeitenverkürzung hat begonnen. Der Regierungsrat wird nach Vorliegen einer Antwort des EuroAirports (voraussichtlich 1. Semester 2009) über das weitere Vorgehen entscheiden.

3.1.1.7 2002/309; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen; überwiesen am 30/10/2003

Wurde mit der Unternehmenssteuerreform 2007 nicht abgeschrieben und ist in der aktuellen Revision der Unternehmenssteuern enthalten (Vernehmlassung läuft bis Ende Januar 2009).

3.1.1.8 2003/112; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003

Bleibt gemäss Landratsbeschluss bestehen, bis sich auf Bundesebene eine Lösung ergibt. Die Thematik der Ausbildungs- und Weiterbildungskosten ist auf eidgenössischer Ebene immer noch in Diskussion.

3.1.1.9 2003/312; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes; überwiesen am 27/05/2004

Im Rahmen der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes wird Abschreibung beantragt werden.

3.1.1.10 2004/049; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen; überwiesen am 09/09/2004

Das Postulat wird zusammen mit der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes beantwortet (Vernehmlassungsvorlage ist publiziert).

3.1.1.11 2005/058; Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

Der Bund, die Kantonalen Gebäudeversicherer und die Privatassekuranz erarbeiten derzeit eine gesamtschweizerische Erdbebenversicherung. Es ist sinnvoll diese Ergebnisse abzuwarten, bevor andere Schritte eingeleitet werden.

3.1.1.12 2005/141; Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden; überwiesen am 23/02/2006

Das Postulat wird mit der Vorlage zur Teilrevision FHG beantwortet (Vernehmlassungsvorlage ist publiziert).

3.1.1.13 2005/127; Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge; überwiesen am 27/04/2006

Im Rahmen der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes wird Abschreibung beantragt werden.

3.1.1.14 2005/271; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 07/04/2006

Die Landratsvorlage wird im 2. Quartal 2009 ans Parlament überwiesen.

3.1.1.15 2005/257; Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien; überwiesen am 11/05/2006

Konnte aufgrund prioritärer Gesetzgebungsarbeiten im Jahr 2008 nicht bearbeitet werden. Der Bericht ist für 2009 vorgesehen.

3.1.1.16 2006/016; Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung; überwiesen am 11/05/2006

Die Personalbefragung wurde vom 16. September bis 3. Oktober 2008 durchgeführt. Die von empiricon ausgewerteten Resultate wurden am 19. Januar 2009 den Medien und den Mitarbeitenden bekannt gegeben. Die Resultate werden nun analysiert, und Massnahmen werden geprüft..

3.1.1.17 2005/317; Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!; überwiesen am 11/05/2006

Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat im 1. Quartal über das Vorgehen beschliesst. Danach findet eine breite Vernehmlassung statt.

3.1.1.18 2005/114; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespiesen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist frühestens Ende 2011 der Fall, spätestens Ende 2016.

3.1.1.19 2006/208; Postulat der SP-Fraktion vom 7. September 2006: Solidarität zwischen den Gemeinden bei den Sozialkosten; überwiesen am 01/02/2007

Im Rahmen der Vorlage betreffend Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes wird Abschreibung beantragt werden.

3.1.1.20 2006/200; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum; überwiesen am 01/02/2007

Bei der Beantwortung des Postulats sollten die Auswirkungen einer Abschaffung des Eigenmietwertes (EMW) bekannt sein. Da per 1. Januar 2007 neue EMW eingeführt wurden, muss die Veranlagungsperiode für die Steuererklärung 2007 abgewartet werden, bevor aussagekräftige Berechnungen vorgenommen werden können; ab dem 2. Quartal 2009 sollte dies möglich sein.

3.1.1.21 2006/097; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton; überwiesen am 01/02/2007

Die Landratsvorlage wird im 2. Quartal 2009 ans Parlament überwiesen.

3.1.1.22 2006/226; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!; überwiesen am 15/02/2007

Konnte aufgrund prioritärer Gesetzgebungsarbeiten im Jahr 2008 nicht bearbeitet werden. Der Bericht ist für 2009 vorgesehen.

3.1.1.23 2006/320; Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 19/04/2007

Im Rahmen der LRV zur Verordnung zum Beteiligungscontrolling wird Abschreibung beantragt werden. LRV wird im Mai 2009 an Landrat überwiesen (Sitzung der Spezialkommission Parlament Verwaltung im Juni 2009).

3.1.1.24 2006/270; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen); überwiesen am 10/05/2007

Im Rahmen der LRV zur Verordnung zum Beteiligungscontrolling wird Abschreibung beantragt werden. LRV wird im Mai 2009 an Landrat überwiesen (Sitzung der Spezialkommission Parlament Verwaltung im Juni 2009).

3.1.1.25 2007/069; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"; überwiesen am 18/10/2007

Im Rahmen der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes wird Abschreibung beantragt werden.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 2005/055; Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion vom 24. Februar 2005: Verwendung ausserordentlicher Erträge; überwiesen am 27/10/2005

Diese parlamentarische Initiative wurde an die Finanzkommission überwiesen. Das Vorgehen wird durch die Finanzkommission entschieden.

3.1.2.2 2006/007; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; überwiesen am 11/05/2006

Wird mit der Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetz, FHG, behandelt. (Mit der Teilrevision soll lediglich die neue Rechnungslegung gemäss der Fachempfehlung der Finanzdirektorenkonferenz eingeführt werden.) Das totalrevidierte FHG und die entsprechenden Anpassungen in der Kantonsverfassung sollen am 01.07.2011 in Kraft gesetzt werden.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 2001/036; Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen; überwiesen am 26/04/2001

Die Eidgenössische Volksinitiative "Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)" verlangt eine Änderung der Bundesverfassung, wonach die Kantone einen Tierschutzanwalt einsetzen müssen. Der Bundesrat hat im Mai 2008 seine Botschaft zu dieser Initiative vorgelegt. Das Geschäft ist zurzeit im Nationalrat hängig. Dessen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur will Möglichkeiten einer Regelung der Anliegen der Tierschutzanwalt-Initiative in der Bundesgesetzgebung abklären. Es drängt sich daher auf, den Entscheid zu dieser Initiative auf eidgenössischer Ebene abzuwarten, bevor beim Kanton über die Einführung neuer Instrumente im Bereich des Tierschutzes entschieden wird. Eine Vorlage zu den Vorstössen 2001/025 (Postulat Peter Zwick: Einsetzung eines Tierschutzanwalts) und 2001/036 (Postulat Roland Bächtold: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen) wird deshalb zu einem späteren Zeitpunkt unterbreitet.

3.2.1.2 2003/279; Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen; überwiesen am 01/04/2004

Im Zusammenhang mit der Behandlung von Fragen des baulichen Erneuerungsbedarfes im Kantonsspital Laufen ist auch die Beantwortung des Postulates Nussbaumer im Jahre 2009 vorgesehen.

3.2.1.3 2005/113; Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen; überwiesen am 06/04/2006

Eine ehemalige Gemeindehebamme bezieht noch ein Ruhegehalt auf der Grundlage des betreffenden Regierungsratsbeschlusses. Dieser kann deshalb noch nicht aufgehoben werden.

3.2.1.4 2005/224; Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gewirtschaftlicher Leistungen im Wald; überwiesen am 08/06/2006

Der Waldwirtschaftsverband hat zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Zwischenbericht soll im Februar 2009 vorliegen. Die daraus verwendbaren Ergebnisse werden in die Beantwortung des Postulats eingearbeitet. Eine entsprechende Landratsvorlage ist für das erste Quartal 2009 geplant.

3.2.1.5 2006/026; Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen; überwiesen am 18/01/2007

Das Postulat wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 18. Januar 2007 mit 55 zu 22 Stimmen bei 0 Enthaltungen überwiesen. Die Schweizerischen Rheinhäfen SRH haben am 1. Januar 2008 ihren Betrieb aufgenommen. Durch den Kanton Basel-Stadt wurde gemäss Staatsvertrag die Beteiligung an der Hafengesellschaft Weil am Rhein mbH eingebracht. Die Möglichkeiten über eine erweiterte trinationale Zusammenarbeit werden vom Verwaltungsrat der SRH derzeit geprüft.

3.2.1.6 2007/116; Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers; überwiesen am 18/10/2007

Das Hardwasser wird seit März 2008 mit dem Aktivkohlefilter der IWB in der Lange Erlen aufbereitet. Zudem plant die Hardwasser AG eine eigene Aufbereitungsanlage. Mit dem Bau soll 2009 begonnen und die Anlage 2010 in Betrieb genommen werden.

3.2.1.7 2007/064; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 18/10/2007

Mit dem Projekt 64+ wird vom Projektleiter in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Verbänden und weiteren Interessenvertretern der Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft erstellt. Die Resultate werden die Zielsetzung in der Altersversorgung mitbestimmen.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 2002/086; Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafentrambahn; *überwiesen am 14/11/2002*

Die Risikoanalyse in Sachen Versorgungssicherheit wird anfangs 2009 in Auftrag gegeben. Das Projekt einer Verbindung der Hafentrambahnen des Auhafens und des Hafens Birsfelden soll bis Ende 2009 zur Entscheidungsreife gebracht werden.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; *überwiesen am 02/02/1987*

Die Verhandlungen mit dem Kanton BS über eine baldige Realisierung sind noch nicht abgeschlossen. Für den Betrieb ist im 6. Generellen Leistungsauftrag 2010 - 2013 bereits Geld eingestellt. Sobald sich eine Inbetriebnahme abzeichnet, wird dem Landrat eine separate Vorlage unterbreitet.

3.3.1.2 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; *überwiesen am 03/05/1993*

Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt und den beteiligten Transportunternehmen wird das Tramnetz derzeit einer generellen Überprüfung unterzogen. Die Grundlagen liegen vor. Sobald der Schlussbericht verabschiedet wurde, kann das Postulat beantwortet werden. Bei einer raschen Verabschiedung des Berichts kann noch 2009 mit der Beantwortung gerechnet werden.

3.3.1.3 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; *überwiesen am 10/02/1994*

Das Anliegen wird im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs behandelt werden. Diese Vorlage wird nach der Beratung des 6. Generellen Leistungsauftrages (welcher noch nach altem Recht erstellt wird) im Frühling 2009 erarbeitet werden. Die im Postulat vorgebrachten praktischen Wünsche (u.a. Niederflurfahrzeuge) sind unterdessen weitgehend erfüllt.

3.3.1.4 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten; *überwiesen am 25/09/1997*

Die geforderte Beibehaltung des Regionalverkehrs auf der S9 wurde unterdessen durch den Landrat beschlossen. Die Integration der ganzen Strecke in den TNW ist Gegenstand eines Prüfauftrags an den TNW. Die Ergebnisse liegen unterdessen vor und werden im ersten Halbjahr 2009 in eine entsprechende Landratsvorlage einfließen.

3.3.1.5 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; *überwiesen am 26/11/1998*

Das Anliegen wird im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs behandelt werden. Diese Vorlage wird nach der Beratung des 6. Generellen Leistungsauftrages (welcher noch nach altem Recht erstellt wird) im Frühling 2009 erarbeitet werden.

3.3.1.6 1999/255; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; *überwiesen am 24/02/2000*

Die Prüfung des Anliegens ist weiterhin im Gang. Die Grundlagen werden derzeit erarbeitet. Mit Ergebnissen kann 2009, wie bereits im Vorjahr gemeldet, gerechnet werden.

3.3.1.7 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsrentlastung Leimental; *überwiesen am 06/04/2000*

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen. Am 21. August 2008 hat die Bau- und Planungskommission (BPK) einstimmig entschieden, die Südumfahrung aus dem Kantonalen Richtplan (KRIP) zu streichen und dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, innert 5 Jahren nach positivem Beschluss zum KRIP eine separate Landratsvorlage mit Varianten zur verkehrlichen Problemlösung im Raum Birseck - Leimental - Allschwil vorzulegen. Das Postulat wird im Rahmen dieser Landratsvorlage behandelt (vorbehältlich Landratsbeschluss zum KRIP / Vorschlag BPK).

3.3.1.8 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; *überwiesen am 21/09/2000*

Die Initiative zur Abschaffung des Beschwerderechts auf Bundesebene wurde am 30. November 2008 deutlich abgelehnt; im Kanton Basel-Landschaft mit über 70%. 2009 wird das Postulat aufgrund dieses Resultats geprüft und beantwortet.

3.3.1.9 2000/274; Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70; *überwiesen am 22/02/2001*

Die Verhandlungen mit dem Kanton BS über die baldige Realisierung sind noch nicht abgeschlossen. Für den Betrieb ist im 6. Generellen Leistungsauftrag 2010 - 2013 bereits Geld eingestellt. Sobald sich eine Inbetriebnahme abzeichnet, wird dem Landrat eine separate Vorlage unterbreitet.

3.3.1.10 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; *überwiesen am 31/05/2001*

Als Grundlage für eine allfällige Revision auf kantonaler Ebene sind die Ergebnisse der im Januar 2009 angelaufenen Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) abzuwarten.

3.3.1.11 2001/129; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 29/11/2001

Eine erneute Prüfung unter den aktuellen Rahmenbedingungen hat ergeben, dass Aufbau und Einführung eines aufwändigen Umweltmanagementsystems analog RUMBA des Bundes für den Kanton Basel-Landschaft nicht gerechtfertigt ist. Eine "schlanke" Variante wird derzeit zwischen AUE und HBA erarbeitet. Die Postulate 2001/129 und 2002/101 werden gemeinsam im 1. Semester 2009 beantwortet.

3.3.1.12 2002/101; Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO₂-Zielvorgaben; überwiesen am 12/12/2002

Eine erneute Prüfung unter den aktuellen Rahmenbedingungen hat ergeben, dass Aufbau und Einführung eines aufwändigen Umweltmanagementsystems analog RUMBA des Bundes für den Kanton Basel-Landschaft nicht gerechtfertigt ist. Eine "schlanke" Variante wird derzeit zwischen AUE und HBA erarbeitet. Die Postulate 2001/129 und 2002/101 werden gemeinsam im 1. Semester 2009 beantwortet.

3.3.1.13 2003/194; Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004

Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt und den beteiligten Transportunternehmen wird das Tramnetz derzeit einer generellen Überprüfung unterzogen. Die Grundlagen liegen vor. Sobald der Schlussbericht verabschiedet wurde, kann das Postulat beantwortet werden. Bei einer raschen Verabschiedung des Berichts kann noch 2009 mit der Beantwortung gerechnet werden.

3.3.1.14 2003/319; Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental; überwiesen am 22/04/2004

Das Postulat soll mit dem 6. Generellen Leistungsauftrag 2010 - 2013 weitgehend erfüllt werden. Die Vorlage dazu wird voraussichtlich im 1. Quartal 2009 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.15 2003/148; Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal; überwiesen am 22/04/2004

Mit dem RRB 0791 vom 22. Mai 2007 wurde das Hochbauamt beauftragt, für die Planung von Lösungen zur Abdeckung der Raumbedürfnisse für den Sportbetrieb im Gymnasium Liestal im Budget 2008 CHF 300'000 einzustellen. Der GESAK (Gemeindesportanlagen-Konzept) -Bericht der Stadt Liestal vom Dezember 2007 hat den Bedarf von zusätzlichen Turnhallen im Gymnasium Liestal auch in einem übergeordneten Zusammenhang bestätigt. 2008 wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Baukreditvorlage für den Bau von zwei zusätzlichen Turnhallen und einem Mehrzweckraum wird im 1. Quartal 2009 dem Landrat vorgelegt. Eine Realisierung ist bis Mitte 2011 geplant.

3.3.1.16 2004/153; Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009; überwiesen am 13/01/2005

Das Postulat soll im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrags 2010 - 2013 beantwortet werden. Die Vorlage dazu wird voraussichtlich im 1. Quartal 2009 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.17 2005/063; Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS; überwiesen am 12/05/2005

Die Prüfung der Umsetzung der Postulate 2004/317, 2005/063 und 2005/064 wird erst nach Abschluss des Pilotprojektes für eine Zusammenlegung von Dienststellen am Bsp. der kant. Laboratorien (Postulat 2004/317) wieder aufgenommen. Über dieses Pilotprojekt wird eine Landratsvorlage im 1. Semester 2009 erwartet. Innerhalb des Pilotprojektes wird auch ein Handbuch für Zusammenlegungen von Dienststellen erarbeitet. Eine Fortsetzung der Prüfung einer Zusammenlegung beider Umweltämter erfolgt dann nach offiziellem Auftrag durch den Steuerungsausschuss beider Regierungen BS und BL.

3.3.1.18 2004/317; Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien; überwiesen am 12/05/2005

Die Prüfung der Umsetzung der Postulate 2004/317, 2005/063 und 2005/064 wird erst nach Abschluss des Pilotprojektes für eine Zusammenlegung von Dienststellen am Bsp. der kant. Laboratorien (Postulat 2004/317) wieder aufgenommen. Über dieses Pilotprojekt wird eine Landratsvorlage im 1. Semester 2009 erwartet. Innerhalb des Pilotprojektes wird auch ein Handbuch für Zusammenlegungen von Dienststellen erarbeitet. Eine Fortsetzung der Prüfung einer Zusammenlegung beider Umweltämter erfolgt dann nach offiziellem Auftrag durch den Steuerungsausschuss beider Regierungen BS und BL.

3.3.1.19 2005/064; Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel; überwiesen am 12/05/2005

Die Prüfung der Umsetzung der Postulate 2004/317, 2005/063 und 2005/064 wird erst nach Abschluss des Pilotprojektes für eine Zusammenlegung von Dienststellen am Bsp. der kant. Laboratorien (Postulat 2004/317) wieder aufgenommen. Über dieses Pilotprojekt wird eine Landratsvorlage im 1. Semester 2009 erwartet. Innerhalb des Pilotprojektes wird auch ein Handbuch für Zusammenlegungen von Dienststellen erarbeitet. Eine Fortsetzung der Prüfung einer Zusammenlegung beider Umweltämter erfolgt dann nach offiziellem Auftrag durch den Steuerungsausschuss beider Regierungen BS und BL.

3.3.1.20 2005/101; Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006

Die Weiterentwicklung des Tarifverbundes soll koordiniert mit den benachbarten Verbundgebieten im In- und Ausland erfolgen. Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt.

3.3.1.21 2005/045; Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck; überwiesen am 26/01/2006

Die Überarbeitung der Konzession ist aufgrund dringender Projekte noch nicht erfolgt. Abklärungen haben aber bereits ergeben, dass die WB schon seit Jahren über keine Konzession mehr von Waldenburg bis Langenbruck mehr verfügt. Die redaktionelle Anpassung dieser Konzession soll aber 2009 an die Hand genommen werden.

3.3.1.22 2005/061; Postulat von Urs Hintermann vom 24.02.2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurrekursen; überwiesen am 26/01/2006

Für die weitere Bearbeitung des vom Landrat zurückgewiesenen Vorstosses sind aufwendige Abklärungen notwendig, u.a. auch die Handhabung in anderen Kantonen. Bis zum Vorliegen eines erneuten Berichtes in der verlangten Form wird es voraussichtlich Mitte 2009.

3.3.1.23 2006/051; Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub; überwiesen am 06/04/2006

Das Postulat wurde bei der Bearbeitung des Luftreinhalteplans durch den Landrat stehen gelassen (Landratsbeschluss vom 16.10.2008). Die Beantwortung erfolgt daher im Rahmen der Berichterstattung zum Luftreinhalteplan im Jahre 2010.

3.3.1.24 2005/319; Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen öffentlicher Gebäude; überwiesen am 06/04/2006

Die Ausarbeitung der Landratsvorlage befindet sich unmittelbar vor dem Abschluss, sie wird noch im 1. Quartal 2009 dem Regierungsrat zum Beschluss über die Überweisung an den Landrat unterbreitet werden.

3.3.1.25 2005/231; Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz; überwiesen am 06/04/2006

Die Verhandlungen mit dem Kanton BS über die baldige Realisierung einer Verlängerung der Buslinien 70 und 80 bis zum Bahnhof sind noch nicht abgeschlossen. Für den Betrieb ist im 6. Generellen Leistungsauftrag 2010 - 2013 bereits Geld eingestellt. Bei einer Verlängerung würde jedenfalls auch die bestehende Haltestelle am Aeschenplatz an einen günstigeren Standort verschoben. Sobald sich eine Inbetriebnahme abzeichnet, wird dem Landrat eine separate Vorlage unterbreitet.

3.3.1.26 2005/226; Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung; überwiesen am 06/04/2006

Das Postulat wurde bei der Bearbeitung des Luftreinhalteplans durch den Landrat stehen gelassen (Landratsbeschluss vom 16.10.2008). Die Beantwortung erfolgt daher im Rahmen der Berichterstattung zum Luftreinhalteplan im Jahre 2010.

3.3.1.27 2005/279; Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen-Energie gewinnen; überwiesen am 06/04/2006

Inhaltlich wird das Anliegen aus dem Postulat mit der Revision der Verordnung über die rationelle Energienutzung Ende Januar 2009 der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Anschliessend wird das Postulat separat zur Abschreibung beantragt.

3.3.1.28 2005/258; Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantonsspital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr; überwiesen am 06/04/2006

Das Postulat soll im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrags 2010 - 2013 beantwortet werden. Die Vorlage dazu wird voraussichtlich im 1. Quartal 2009 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.29 2005/302; Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!; überwiesen am 06/04/2006

Eine Landratsvorlage wurde auftragsgemäss gearbeitet und in der Bau- und Planungskommission besprochen. Der Landrat ist auf das Geschäft eingetreten, hat aber eine Rückweisung vorgenommen mit dem Auftrag, eine Vorlage zu präsentieren, welche das neue Bundesrecht berücksichtigt. Es gibt nun aber da die FDP-Verbandsbeschwerdeinitiative Ende 2008 abgelehnt worden ist - kein neues Bundesrecht. Die BUD ist im Dezember 2008 schriftlich an die Bau- und Planungskommission gelangt, damit das weitere Vorgehen zufolge objektiver Unmöglichkeit der Auftrags Erfüllung in der Kommission besprochen werden kann. Eine Lösung ist derzeit noch ausstehend.

3.3.1.30 2006/115; Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel; überwiesen am 27/04/2006

Die vom eidgenössischen Parlament geforderte Gesamtschau zu den noch nicht realisierten Bahnprojekten von Bahn 2000 und NEAT wird derzeit unter dem Titel ZEB beraten. Der Wisenbergtunnel ist darin leider nicht enthalten. Der Bundesrat soll aber beauftragt werden, bis 2010 eine weitere Botschaft über die Zukunft der Bahninfrastruktur inklusive gesicherter Finanzierung vorzulegen. Der Kanton BL setzt sich, zusammen mit den Kantonen der NWCH, weiterhin intensiv für die Aufnahme des Wisenbergtunnels in die Infrastrukturplanung des Bundes ein.

3.3.1.31 2005/269; Postulat von Hannes Schweizer vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen Beschaffungen; überwiesen am 19/10/2006

Nachdem der Regierungsrat den Entwurf zur Änderung des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen zustimmend zur Kenntnis genommen hat, wurde am 27.11.2008 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Im März 2009 soll die allenfalls angepasste Vorlage dem Landrat vorgelegt werden. Inhaltlich steht dieses Anliegen in direktem Zusammenhang mit der Motion 2006/199.

3.3.1.32 2006/011; Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz; überwiesen am 30/11/2006

Das Postulat kann erst nach Abschluss des derzeit laufenden Verfahrens nach Altlastenrecht zur Abschreibung beantragt werden. Ein Termin hierzu kann derzeit noch nicht genannt werden.

3.3.1.33 2006/122; Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes; überwiesen am 14/12/2006

Das Nachtbusnetz wurde im Dezember 2008 eingeführt. Die Beantwortung ist voraussichtlich im 1. Semester 2009 vorgesehen, nachdem erste Auswertungen vorliegen.

3.3.1.34 2006/098; Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica; überwiesen am 14/12/2006

Die Beantwortung zu Händen des Landrates erfolgt nach Genehmigung der Landratsvorlage Salina-Raurica, welche im Landrat voraussichtlich am 15.01.2009 verabschiedet wird.

3.3.1.35 2006/174; Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentlastung im Ergolzthal; überwiesen am 14/12/2006

Die Prüfung der zukünftigen Erschliessung im Ergolzthal erfolgt noch im 2009. Die Ergebnisse werden in die Beantwortung des Postulats einfließen.

3.3.1.36 2006/173; Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung; überwiesen am 14/12/2006

Ein Konzept zur Optimierung der Feuerungskontrolle ist in Erarbeitung und wird voraussichtlich Mitte 2009 vorliegen. Ziel ist eine Vereinheitlichung der Abläufe mittels einer Zentralisierung.

3.3.1.37 2006/077; Postulat von Daniel Wenk vom 23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von Kantonsstrassen; überwiesen am 14/12/2006

Die entsprechende Landratsvorlage ist in Vorbereitung und wird dem Landrat spätestens bis Ende 1. Quartal 2009 vorgelegt.

3.3.1.38 2006/121; Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Verbesserung der Busverbindung auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital; überwiesen am 01/02/2007

Das Postulat soll im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrags 2010 - 2013 beantwortet werden. Die Vorlage dazu wird voraussichtlich im 1. Quartal 2009 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.39 2007/037; Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz; überwiesen am 03/05/2007

Die Verhandlungen mit dem Kanton BS über eine baldige Realisierung sind noch nicht abgeschlossen. Für den Betrieb ist im 6. Generellen Leistungsauftrag 2010 - 2013 bereits Geld eingestellt.

Sobald sich eine Inbetriebnahme abzeichnet, wird dem Landrat eine separate Vorlage unterbreitet.

3.3.1.40 2006/315; Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzrasche zurück in den natürlichen Kreislauf; überwiesen am 03/05/2007

Die rechtliche und sachliche Abklärung der vorgeschlagenen "Ascheverwertung" konnte zwischen der BUD und der VGD noch nicht abgeschlossen werden. Voraussichtlich im 1. Semester 2009 soll dem Landrat die Beantwortung vorgelegt werden.

3.3.1.41 2006/316; Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz; überwiesen am 03/05/2007

Verschiedene Aspekte einer möglichen Umsetzung werden derzeit im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie bei kantonalen Bauten geprüft. Eine entsprechende Landratsvorlage ist im 2009 vorgesehen.

3.3.1.42 2007/060; Postulat der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass - Die Energieetikette fürs Haus; überwiesen am 01/11/2007

Die Postulate 2007/060 und 2007/070 können nur mit einer Änderung des Energiegesetzes umgesetzt werden. Dieses ist mit einer umfassenden Revision des kantonalen Energiegesetzes 2009 / 2010 geplant.

3.3.1.43 2007/070; Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis; überwiesen am 01/11/2007

Die Postulate 2007/060 und 2007/070 können nur mit einer Änderung des Energiegesetzes umgesetzt werden. Dieses ist mit einer umfassenden Revision des kantonalen Energiegesetzes 2009 / 2010 geplant.

3.3.1.44 2007/145; Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen; überwiesen am 01/11/2007

Die Umsetzung wird derzeit noch zwischen den Direktionen der BKSD und der BUD geprüft. Eine entsprechende Landratsvorlage wird voraussichtlich im 1. Semester 2009 vorliegen.

3.3.1.45 2007/067; Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie; überwiesen am 01/11/2007

Die Energiestrategie des Regierungsrates (Exekutive) wurde im April 2008 verabschiedet. Eine weitergehende Strategie des Landrates (Legislative) müsste in einer Revision der Leitsätze zur Energiepolitik aus dem Jahr 1991 z.B. in der UEK erfolgen. Das Postulat wird in diesem Sinne im 1. Semester 2009 beantwortet.

3.3.1.46 2007/090; Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich; überwiesen am 01/11/2007

Eine entsprechende Landratsvorlage zur Prüfung der Anliegen ist für das 1. Quartal 2009 geplant.

3.3.1.47 2007/102; Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet; überwiesen am 01/11/2007

Die Umsetzung wird derzeit mit der Einführung einer entsprechenden Strategie für kantonale Gebäude in der BUD geprüft. Eine entsprechende Landratsvorlage wird voraussichtlich bis im 1. Semester 2009 vorliegen.

3.3.1.48 2007/065; Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung; überwiesen am 01/11/2007

Die Umsetzung wird in einer Arbeitsgruppe mit den Gemeinden erarbeitet werden. Die Resultate sollen im 2009 dem Landrat vorgelegt werden.

3.3.1.49 2007/088; Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minerogie-P-Standard; überwiesen am 29/11/2007

Die Anliegen werden im Rahmen der Baukreditvorlage "Kantonsspital Bruderholz, Sanierung und Erweiterung" aufgenommen und die konkreten Schritte der Umsetzung dargelegt. Die Baukreditvorlage ist für das 2. Semester 2010 geplant.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Jura-durchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Die vom eidgenössischen Parlament geforderte Gesamtschau zu den noch nicht realisierten Bahnprojekten von Bahn 2000 und NEAT wird derzeit unter dem Titel ZEB beraten. Der Wisenbergtunnel ist darin leider nicht enthalten. Der Bundesrat soll aber beauftragt werden, bis 2010 eine weitere Botschaft über die Zukunft der Bahninfrastruktur inklusive gesicherter Finanzierung vorzulegen. Der Kanton BL setzt sich zusammen mit den Kantonen der NWCH weiterhin intensiv für die Aufnahme des Wisenbergtunnels in die Infrastrukturplanung des Bundes ein.

3.3.2.2 2004/115; Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen); überwiesen am 28/10/2004

Die Landratsvorlage wurde 2008 ausgearbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Nach Auswertung wird dem Landrat noch im ersten Semester 2009 abschliessend darüber berichtet.

3.3.2.3 2006/199; Motion der Petitionskommission vom 7. September 2006: Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen; überwiesen am 19/10/2006

Nachdem der Regierungsrat den Entwurf zur Änderung des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen zustimmend zur Kenntnis genommen hat, wurde am 27.11.2008 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Im März 2009 soll die allenfalls angepasste Vorlage dem Landrat vorgelegt werden.

3.4 Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 2001/025; Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes; überwiesen am 22/02/2001

Die Eidgenössische Volksinitiative "Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)" verlangt eine Änderung der Bundesverfassung, wonach die Kantone einen Tierschutzanwalt einsetzen müssen. Der Bundesrat hat im Mai 2008 seine Botschaft zu dieser Initiative vorgelegt. Das Geschäft ist zur Zeit im Nationalrat hängig. Dessen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur will im Januar 2009 abklären, ob das Anliegen der Tierschutzanwalt-Initiative auf Gesetzesebene geregelt werden kann.

Es drängt sich daher auf, den Entscheid zu dieser Initiative auf eidgenössischer Ebene abzuwarten, bevor im Kanton über die Einführung neuer Instrumente im Bereich des Tierschutzes entschieden wird. Eine Vorlage zu den Vorstössen 2001/025 (Postulat Peter Zwick: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes) und 2001/036 (Postulat Roland Bächtold: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen) wird deshalb zu einem späteren Zeitpunkt unterbreitet, sobald der Entscheid auf Bundesebene feststeht. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass eine bundesweite, einheitliche Regelung einer kantonalen Lösung klar vorzuziehen ist und dass aufgrund der Bestrebungen auf Bundesebene eine kantonale Legiferierung zurzeit nicht sinnvoll ist.

3.4.1.2 2001/163; Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips; überwiesen am 10/01/2002

Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen und die Ergebnisse sind ausgewertet. Die Vorlage betreffend Informations- und Datenschutzgesetz wird im 1. Quartal 2009 dem Landrat überwiesen.

3.4.1.3 2003/019; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons; überwiesen am 27/11/2003

Das Postulat wurde im Rahmen der Vorlage Nr. 2008/177 betreffend Polizei BL Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung und Neueinmietung in der Liegenschaft Schorenweg 10, Arlesheim, behandelt. Die Justiz- und Sicherheitskommission beschloss, das Postulat entgegen dem Antrag des Regierungsrats noch nicht zur Abschreibung zu beantragen. Der Landrat folgte dieser Auffassung in seiner Sitzung vom 15. Januar 2009.

3.4.1.4 2004/004; Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob; überwiesen am 06/05/2004

Mit RRB Nr. 1324 vom 23. Sept. 2008 wurde die Federführung von der BUD an die SID übertragen, da sich bauliche Massnahmen aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nicht umsetzen lassen. Da es vorrangig um verkehrspolitische Entscheide geht, wurde die Federführung der SID übertragen. Die Vorlage erfolgt voraussichtlich im 2. Semester 2009.

3.4.1.5 2004/102; Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Mit RRB Nr. 1324 vom 23. Sept. 2008 wurde die Federführung von der BUD an die SID übertragen, da sich bauliche Massnahmen aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nicht umsetzen lassen. Da es vorrangig um verkehrspolitische Entscheide geht, wurde die Federführung der SID übertragen. Die Vorlage erfolgt voraussichtlich im 2. Semester 2009.

3.4.1.6 2004/119; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Mit RRB Nr. 1324 vom 23. Sept. 2008 wurde die Federführung von der BUD an die SID übertragen, da sich bauliche Massnahmen aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nicht umsetzen lassen. Da es vorrangig um verkehrspolitische Entscheide geht, wurde die Federführung der SID übertragen. Die Vorlage erfolgt voraussichtlich im 2. Semester 2009.

3.4.1.7 2004/302; Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen; überwiesen am 24/02/2005

Die Vorlage wird dem Landrat im Januar 2009 überwiesen.

3.4.1.8 2004/274; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!; überwiesen am 24/02/2005

Die Vorlage wird dem Landrat im Januar 2009 überwiesen.

3.4.1.9 2004/301; Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob; überwiesen am 12/05/2005

Mit RRB Nr. 1324 vom 23. Sept. 2008 wurde die Federführung von der BUD an die SID übertragen, da sich bauliche Massnahmen aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen nicht umsetzen lassen. Da es vorrangig um verkehrspolitische Entscheide geht, wurde die Federführung der SID übertragen. Die Vorlage erfolgt voraussichtlich im 2. Semester 2009.

3.4.1.10 2005/232; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel; überwiesen am 16/02/2006

Im Auftrag der beiden Kantonsregierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt prüft die Paritätische Betriebskommission beider Basel zur Zeit verschiedene Varianten für die Zusammenlegung der administrativen Dienstleistungen (Motorfahrzeugkontrollen) und der technischen Dienstleistungen (Motorfahrzeugprüfstation) und der Durchführung der theoretischen und praktischen Führerprüfungen. Denkbar ist aber auch, dass aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Zusammenlegung verzichtet und stattdessen eine "Kooperationsvariante" realisiert wird. Auf diesem Weg kann eventuell erreicht werden, dass für die Kundschaft (insbesondere für das Gewerbe und für andere Private) vergleichbare Effekte bei der Optimierung der Dienstleistungen beider Organisationen resultieren. Im Ver-

laufe dieses Jahres (2009) wird die Paritätische Betriebskommission ihre Arbeiten abschliessen können. Die beiden Regierungen werden voraussichtlich ebenfalls noch in diesem Jahr aufgrund des Berichts der Paritätischen Betriebskommission über die Realisierung einer Variante entscheiden. Nach diesem Entscheid kann auch eine substantielle Vorlage zum Postulat von Esther Maag erarbeitet werden. Zum heutigen Zeitpunkt fehlen dazu die Grundlagen.

3.4.1.11 2005/234; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale; überwiesen am 11/05/2006

Eine interkantonale Arbeitsgruppe hat Ende 2007 die Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Kantone zusammengestellt. Hinsichtlich der noch offenen Frage 'Regionale Leitzentrale' sind weitere Gespräche mit dem Bund erforderlich. Das Geschäft und damit auch die Behandlung des Vorstosses sind zur Zeit noch nicht behandlungsreif, weshalb die Beantwortung noch nicht erfolgen konnte.

3.4.1.12 2006/017; Postulat von Madeleine Gösche vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006

Die Vorarbeiten sind abgeschlossen. Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2009 überwiesen.

3.4.1.13 2006/013; Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung; überwiesen am 18/05/2006

Die Vorlage wird dem Landrat im Januar überwiesen.

3.4.1.14 2006/049; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; überwiesen am 18/05/2006

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Semester 2009 überwiesen.

3.4.1.15 2006/151; Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006

Zur Zeit wird durch die BUD ein Vorprojekt erarbeitet. Danach werden die bestehenden Bahnübergänge geschlossen, die Zufahrt zur ARA verlegt und der Bahnübergang zur ARA neu abgesichert. In diesem Zusammenhang wird voraussichtlich die Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Bahnübergangs und des Neuhofs auf 60 km/h reduziert. Die Postulatsantwort wird dem Landrat vorgelegt, sobald die Massnahmen erfolgt sind.

3.4.1.16 2006/156; Postulat von Siro Imber vom 8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung; überwiesen am 30/11/2006

Die Vorlage wird dem Landrat im Februar 2009 überwiesen.

3.4.1.17 2006/209; Postulat von Simone Abt vom 7. September 2006: Einreichung einer Standesinitiative betreffend Unterzeichnung und Ratifizierung der Menschenhandelskonvention des Europarates; überwiesen am 22/03/2007

Die Vorlage wird dem Landrat im Januar 2009 überwiesen.

3.4.1.18 2007/027; Postulat der BKSK vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen; überwiesen am 07/06/2007

Dieses Postulat wird aufgrund des thematischen Konnexes zusammen mit dem Postulat Nr. 2009-291 von Klaus Kirchmayr vom 15. November 2007 betr. Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen behandelt.

3.4.1.19 2007/192; Postulat von Georges Thüring vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds; überwiesen am 06/09/2007

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Semester 2009 überwiesen.

3.4.1.20 2007/038; Postulat von Karl Willmann vom 15. Februar 2007: Feinkalibrierung am Bussen-generator dient nicht der Sicherheit; überwiesen am 20/09/2007

Die Vorlage wird dem Landrat im Februar 2009 überwiesen.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Die Vorlage betreffend familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich und im Schulbereich wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Semester 2009 überwiesen.

3.4.2.2 2005/160; Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes; überwiesen am 01/12/2005

Die Vorlage betreffend Änderung des Landratsgesetzes wird im 1. Semester 2009 dem Landrat überwiesen.

3.4.2.3 2006/050; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Aufhebung der Alterslimite für Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes; überwiesen am 02/11/2006

Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen. Die Vorlage betreffend Änderung des Personalgesetzes (Aufhebung der Alterslimite 70 für Nebenämter) wird dem Landrat im 1. Quartal 2009 überwiesen.

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Das Postulat wird mit der Vorlage zur Umsetzung des Sprachenkonzeptes (Vernehmlassung anfangs 2009) behandelt. Entsprechende Massnahmen sind darin vorgesehen. Sämtliche Vorstösse, welche den Sprachenunterricht an der obligatorischen Schule betreffen, werden mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.2 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Das Postulat wurde vom Landrat nicht abgeschrieben, weil die Frage der Finanzierung der ambulanten Jugendhilfe offen ist. Wie in der Sammelvorlage 2008berichtet, soll das Anliegen im Rahmen des Projektes Konzept Kinder- und Jugendhilfe (Regierungsprogramm 2008-2011, 6.05.03) behandelt werden. Das Projekt sieht in Zusammenarbeit zwischen kantonalen Stellen und den Gemeinden eine Verbesserung der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine Verstärkung ambulanter Massnahmen vor. Der Regierungsrat hat am 16. Dezember 2008 den Auftrag an eine verwaltungsinterne Projektgruppe erteilt, die sich aus Vertretungen der vier betroffenen Direktionen, ergänzt mit einer Vertretung der Gemeinden, zusammensetzt. Das Postulat soll bis zum Vorliegen von Ergebnissen zum Konzept Jugendhilfe stehen bleiben.

3.5.1.3 2004/245; Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004

Eine Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) ist in Bearbeitung. Mit der Landratsvorlage zum Ergebnis werden alle hängigen Vorstösse, die die VO BBZ betreffen, zur Abschreibung beantragt. Sie wird dem Parlament im II. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.1.4 2004/300; Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung; überwiesen am 10/03/2005

Der Vorstoss wird mit dem Schlussbericht und der Gesamtabrechnung EURO 08Host City Basel, 2009/002, zur Abschreibung beantragt. Die entsprechende Landratsvorlage wurde dem Parlament im Januar 2009 unterbreitet.

3.5.1.5 2005/144; Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Eine Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO

BBZ) ist in Bearbeitung. Mit der Landratsvorlage zum Ergebnis werden alle hängigen Vorstösse, die die VO BBZ betreffen, zur Abschreibung beantragt. Sie wird dem Parlament im II. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.1.6 2005/146; Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Eine Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) ist in Bearbeitung. Mit der Landratsvorlage zum Ergebnis werden alle hängigen Vorstösse, die die VO BBZ betreffen, zur Abschreibung beantragt. Sie wird dem Parlament im II. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.1.7 2005/182; Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kultugesetz; überwiesen am 18/05/2006

Ein neues Kultugesetz BL liegt im Entwurf vor. Ende 2008 wurde eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. Nach deren Auswertung wird die Vorlage im I. Halbjahr 2009 dem Parlament unterbreitet. Darin wird die Abschreibung des Vorstosses beantragt.

3.5.1.8 2006/100; Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft; überwiesen am 18/05/2006

Die Landratsvorlage ist in Vorbereitung. Sie wird dem Parlament im I. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.1.9 2006/029; Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1; überwiesen am 18/05/2006

Die Landratsvorlage ist in Vorbereitung. Sie wird dem Parlament im I. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.1.10 2005/255; Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sis-sach; überwiesen am 18/05/2006

Der Vorstoss wird mit der Landratsvorlage 2008/313, Finanzielle Beteiligung an den ausgewiesenen Mehrkosten für die Volumenvergrösserung der Mehrzweckhalle Stutz Lausen, zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.11 2006/116; Postulat von Georges Thüring vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung; überwiesen am 02/11/2006

Der Vorstoss wird mit dem Schlussbericht und der Gesamtabrechnung EURO 08Host City Basel, 2009/002, zur Abschreibung beantragt. Die entsprechende Landratsvorlage wurde dem Parlament im Januar 2009 unterbreitet.

3.5.1.12 2006/101; Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006

Im Kanton Basel-Landschaft wird von 2006 - 2009 die Kampagne „Stark durch Erziehung“ durchgeführt. In Absprache mit dem Postulanten Christian Steiner erfolgt der Bericht zum Postulat nach Abschluss der Kampagne im Jahr 2010.

3.5.1.13 2006/153; Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences; überwiesen am 19/10/2006

Das Postulat wurde vom Regierungsrat mit Landratsvorlage 2008/268 vom 21.10.2008 zur Abschreibung beantragt. Der Landrat hat die Abschreibung am 11.12.2008 abgelehnt. Der Regierungsrat wird das weitere Vorgehen im I. Quartal 2009 definieren.

3.5.1.14 2006/289; Postulat von Karl Willmann vom 16. November 2006: 175 Jahre Basel-Landschaft - Zeichen setzen !; überwiesen am 18/01/2007

Das Postulat wird mit der Vorlage zur Abrechnung des Verpflichtungskredits für die Jubiläumsaktivitäten 175 Jahre Kanton Basel-Landschaft zur Abschreibung beantragt. Sie wird dem Parlament im März 2009 unterbreitet.

3.5.1.15 2006/250; Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler; überwiesen am 15/02/2007

Der Landrat hat das Postulat entgegen dem Antrag in der Landratsvorlage 2008/182 mit Beschluss vom 30.10.2008 stehen gelassen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung "Raumbedürfnisse der Gymnasien BL" erarbeitet eine Projektgruppe ein entsprechendes Konzept. Die Ergebnisse werden in die Investitionsplanung einfließen, damit die Einführung der 5 Tage-Woche möglich wird.

3.5.1.16 2006/227; Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen. Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007

Die Landratsvorlage ist in Vorbereitung. Sie wird dem Parlament im I. Quartal 2009 unterbreitet.

3.5.1.17 2006/251; Postulat von Madeleine Gösche vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften; überwiesen am 15/02/2007

Die Landratsvorlage ist in Vorbereitung. Sie wird dem Parlament im III. Quartal 2009 unterbreitet.

3.5.1.18 2006/155; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen; überwiesen am 22/03/2007

Der Landrat hat das Postulat entgegen dem Antrag des Regierungsrates nicht abgeschrieben, obwohl Sofortmassnahmen zur Behebung der Engpässe eingeleitet worden sind. Diese werden mit dem Controlling des Jahres 2008 ausgewertet und je nach Bedarf verlängert und angepasst. Wie in der Sammelvorlage 2008 berichtet, werden im Rahmen des Konzeptes für die Sonderpädagogik, das nach dem Rückzug der IV aus der Sonderschulung erstellt wird, die Zuordnung der Psychomotoriktherapie und die Regelung des Zuganges und die Angebotssteuerung überdacht und neu konzipiert werden müssen.

Bis zum Ablauf der Übergangszeit (2008-2010) wird die bisherige Regelung fortgeführt. Eine Berichterstattung an den Landrat erfolgt nach Auswertung des Jahres 2008.

3.5.1.19 2007/010; Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik; überwiesen am 06/09/2007

Das Postulat wird mit der Vorlage zur Umsetzung des Sprachenkonzeptes (Vernehmlassung anfangs 2009) behandelt. Entsprechende Massnahmen sind darin vorgesehen. Sämtliche Vorstösse, welche den Sprachenunterricht an der obligatorischen Schule betreffen, werden mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.20 2007/068; Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007

Ein neues Kulturgesetz BL liegt im Entwurf vor. Ende 2008 wurde eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. Nach deren Auswertung wird die Vorlage im I. Halbjahr 2009 dem Parlament unterbreitet. Darin wird die Abschreibung des Vorstosses beantragt.

3.5.1.21 2007/093; Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule; überwiesen am 06/09/2007

Eine Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) ist in Bearbeitung. Mit der Landratsvorlage zum Ergebnis werden alle hängigen Vorstösse, die die VO BBZ betreffen, zur Abschreibung beantragt. Sie wird dem Parlament im II. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 1998/112; Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz; überwiesen am 17/12/1998

Das Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung im Kanton Basel-Landschaft ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Halbjahr 2009 unterbreitet.

3.5.2.2 2003/090; Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003

Ein neues Kulturgesetz BL liegt im Entwurf vor. Ende 2008 wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Nach deren Auswertung wird die Vorlage dem Parlament im I. Halbjahr 2009 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.2.3 2003/188; Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003

Die Landratsvorlage „Drogenfreie Schule“ liegt im Entwurf vor, muss aber aufgrund von neuen rechtlichen Grundlagen betreffend die Disziplinar-massnahmen an Schulen sowie aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen von der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe überarbeitet werden. Sie wird dem Parlament im III. Quartal 2009 unterbreitet.

3.5.2.4 2005/126; Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung; überwiesen am 23/03/2006

Die Spezielle Förderung war Teil der Verhandlungen über den Staatsvertrag zum Bildungsraum Nordwestschweiz. Der Regierungsrat hat die Vernehmlassung im Dezember 2008 eröffnet. Abgestimmt auf diese Vorlage wird die geforderte Änderung des Bildungsgesetzes dem Landrat unterbreitet.

3.5.2.5 2006/025; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 26. Januar 2006: Gesamtkosten Euro 08; überwiesen am 23/03/2006

Der Vorstoss wird mit dem Schlussbericht und der Gesamtabrechnung EURO 08 Host City Basel, 2009/002, zur Abschreibung beantragt. Die entsprechende Landratsvorlage wurde dem Parlament im Januar 2009 unterbreitet.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

3.6.1 Postulate

Keine

3.6.2 Motionen

Keine

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 3. Februar 2009

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident:
der Landschreiber:

Ballmer
Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber per Stichtag 31.12.2008 noch nicht abgeschriebene Vorstösse
- Abzuschreibende Postulate und Motionen

Bis 31. Dezember 2008 erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungs-verantwortung usw.)	2007/219
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	2007/169
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	2008/310
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	2008/349
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	2008/272
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	2008/129
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	2007/169
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel	2008/349
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	2008/351
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	2008/351
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	2008/351
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	2008/351
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss (Mitbericht, sid)	2008/179
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtrauchernden (Mitbericht, sid)	2008/179
2005/280	Postulat der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolzthal	2008/349
2005/320	Motion der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Senkung der Staatsquote	2008/194
2005/235	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkinden- Aesch	2008/349

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/064	Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio S-Bahn nutzen!	2008/349
2006/117	Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebranntem Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680)	2008/165
2006/139	Postulat von Daniela Schneeberger vom 18. Mai 2006: Überprüfung des Erbschafts- und Schenkungssteuer-Tarifs und Besserstellung von Konkubinatspartnern	2008/272
2006/152	Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr	2008/165
2006/169	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken	2008/165
2006/170	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke	2008/165
2006/266	Postulat von Ivo Corvini vom 2. November 2006: Überprüfung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 7. Januar 1980 (SGS 334)	2008/272
2007/202	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel	2008/267
2007/286	Postulat von Martin Rüegg vom 15. November 2007: S9 nach Basel	2008/349
2007/009	Postulat von Rolf Richterich vom 18. Januar 2007: Mehr Zug und Bus im Laufental!	2008/349